



Wurde vor zehn Jahren geschlossen: Die ehemalige Kreislinnik an der Melsunger Straße in Homberg steht seit einem Jahrzehnt leer. Genauso lange tat sich auf dem Grundstück nichts. Jetzt diskutiert die Politik über das Kaufangebot des Asklepioskonzerns an die Stadt. ARD/FOTO: DANIEL MÜLLER

EHEMALIGE KLINIK IN HOMBERG Angebot für Kauf: SPD fordert Bürgerbeteiligung

„Zeit, die verletzte Seele zu heilen“

Nach einer fast zehnjährigen Hängepartie soll die Stadt ran und sich um den verfallenden Klinikkomplex in Homberg kümmern. Die SPD stellt dazu nun die Forderung, die Bürger zu beteiligen.

VON CHANTAL MÖLLER

Homberg – Asklepios unterbreitete der Stadt Homberg ein Kaufangebot über einen Euro. Die hat bis zum Sommer 2021 Zeit, eine Entscheidung zu treffen. Die SPD macht nun einen Vorschlag, der die Diskussionen über das Kaufangebot ins Rollen bringen könnte.

In einem Antrag, über den in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 10. September, abgestimmt

werden soll, fordern die Sozialdemokraten, die Homberger Bevölkerung an den Planungen für einen möglichen Rückkauf und eine zukünftige Nutzung einzubeziehen. Zunächst seien allerdings Folgekosten, Kontaminierung und Wertgutachten vorzulegen, „um uns allen eine faktenbasierte Lagebeurteilung und Meinungsbildung zu ermöglichen“, heißt es dazu.

Die Schließung der ehemaligen Klinik habe die Homberger Seele verletzt, sagt Fraktionsvorsitzender Stefan Gerlach. „Wir sehen, wie die Gebäude verfallen. Es ist wichtig, jetzt in einen Dialog zu kommen“, begründet er den Antrag. Gleich, wie die Stadt und das Parlament sich bis zum Sommer 2021 entscheide, es werde weitreichende Folgen haben. „Entweder wird es uns Geld kosten

oder es bleibt ein Lost Place“, sagt Gerlach. Und meint damit einen verlassenen Ort, der für Fotografen einen Reiz als illegalen Treffpunkt hat.

Mit der Forderung, die Bevölkerung in die Entscheidung mit einzubeziehen – die SPD spricht in ihrem Antrag von Infoveranstaltungen, Diskussionsforen, einem Runden Tisch und Bürgerbefragungen – wolle die Fraktion verhindern, dass die Entscheidung im Vorfeld der Kommunalwahl in eine bestimmte politische Richtung gelenkt werde, so Gerlach, der es grundsätzlich gut findet, dass die Stadt mit dem nun vorliegenden Kaufangebot über einen Euro in einen konstruktiven Dialog mit Asklepios einsteigen könne.

Der Fraktionsvorsitzende betont aber auch: „Es wird Geld kosten. Deshalb leu-



Stefan Gerlach
SPD

chen wir belastbare Zahlen.“ Denn auf die Stadt kämen im Falle eines Kaufs erhebliche Folgekosten zu. „Wenn es richtig schlecht läuft, dann ist die Fläche stark kontaminiert. Das ist für die Stadt finanziell nicht zu stemmen.“

Mögliche Wertgutachten sowie Gutachten, die Ankauf über eine mögliche Kontaminierung geben, seien in beiderseitigem Interesse. Man müsse schauen, welche Kosten auf alle Beteiligten zukämen. Doch Gutachten kö-

ten viel Geld. Geld, das die Stadt ausgeben soll? „Normalerweise müsste der Käufer eine Expertise auf den Tisch legen“, findet Gerlach. „Asklepios will uns den Kauf schmuckhaft machen.“ Aus seiner Sicht habe deshalb der Klinikkomplex den wesentlichen Teil der Kosten zu übernehmen – der Sozialdemokrat kann sich vorstellen, dass sich die Stadt beteilige. Da der Konzern jahrelang nach Käufern gesucht hat, glaubt Gerlach, dass es schon Gutachten geben muss.

Das Kaufangebot sehe er mit „gemischten Gefühlen“. Einerseits sollte das Gebäude nicht verfallen, andererseits könne die Stadt nicht alles finanzieren. „Wir müssen uns auf einen Austausch und kreative Ideen einlassen und die Bürger dabei abbilden.“

FOTO: MARK VOLZ

DAS SAGEN DIE RATHAUSFRAKTIONEN ZUM KAUFANGEBOT



Christian Hoff
CDU

Nicht in Hektik drängen lassen

Das ehemalige Krankenhausgelände ist ein für die Bürger sehr emotionales Thema. Das überraschende Kaufangebot sollte uns allerdings nicht in eine unangebrachte Hektik drängen. Klar ist, Asklepios hat kein Interesse an einer Weiterverwendung bzw. Entwicklung des Geländes, es droht der weitere Verfall. Städtebauliche Möglichkeiten ergeben sich anderswo nur, wenn es im Besitz der Stadt und somit eine Steuerung möglich wäre.

Die Größe des Geländes und die Bebauung sind dabei jedoch mit einigen Unwägbarkeiten verbunden. Diese beiden Szenarien gilt es sorgsam abzuwägen und in einem breiten gesellschaftlichen Prozess mit den Bürgern zu diskutieren. FOTO: UFA



Achim Jäger
FWG

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die FWG begrüßt, dass die Verhandlungen zur Zukunft des Krankenhausgeländes intensiviert werden. Von Asklepios ist neben der Übertragung zum symbolischen Preis von einem Euro eine Beteiligung an den Abrisskosten zu fordern, da diese Kosten den Grundstückswert übersteigen. Auch mit dem Landkreis als ehemaligem Krankenträger ist über eine angemessene Kostenbeteiligung zu verhandeln.

Die Flächen sollen für Mietwohnungen genutzt werden. Homberg benötigt bezahlbaren Wohnraum für Familien und Senioren! Die vorhandene Bebauung und Infrastruktur soll soweit möglich erhalten werden. Wir erwarten, dass in diesem Jahr Ergebnisse vorgelegt werden. FOTO: UFA



Klaus Bölling
Grüne

Keine finanziellen Risiken für die Stadt

Die Grünen sehen das Angebot kritisch. Entscheidend ist nicht der Preis von einem Euro – sondern die Kosten für die Herrichtung des Geländes. Das ehemalige Klinikgebäude und die Nebengebäude sind nicht mehr nutzbar, sie müssen abgerissen werden. Es entstehen erhebliche Kosten. Es wäre Aufgabe von Asklepios, sich an diesen Kosten zu beteiligen, was bisher allerdings nicht vorgesehen ist.

Trotzdem muss eine Lösung gefunden werden. Es könnte ein attraktives Baugebiet für eine moderne, ökologische Wohnbebauung entstehen, ohne neue Flächen zu versiegeln. Entscheidend ist die Frage der Finanzierung. Hier dürfen für die Stadt keine finanziellen Risiken entstehen. FOTO: UFA/ANDREAS



Alwin Altrichter
FDP

Chance, Entwicklung mitzubestimmen

Die Möglichkeit, die Liegenschaft zu erwerben, bietet der Stadt die Chance, die weitere Entwicklung des Geländes zu bestimmen. Der Ankauf und die Umsetzung wären allerdings mit erheblichen finanziellen Risiken für die Stadt verbunden. Diese müssen durch seriöse Kostenermittlungen mit Beteiligung der Bürger eingegrenzt werden, bevor eine Entscheidung zum Erwerb getroffen werden kann.

Dies besonders, weil sich bedingt durch die Corona-Krise die städtischen Finanzen verändern werden. Es muss alles getan werden, um Bürger und Firmen nicht zusätzlich durch Gebühren- und Steuererhöhungen belastet werden. ANDREAS FOP



Dirk Falz
Bürgerliste

Ergebnisoffene Gespräche nötig

Das Thema ist von erheblicher Bedeutung für viele Bereiche der Stadt, nicht nur für die städtebauliche Entwicklung. Nun wird es Wahlkampfthema, es sei denn, die SPD will die jetzigen Mehrheiten zu einer schnellen Entscheidung nutzen.

Nicht nur wegen der zukünftig nicht guten Finanzlage Hombergs, sondern auch wegen benötigten Informationen zu Abrisskosten und Verwendung des Areals sind wir gegen eine Entscheidung über den Kauf zum jetzigen Zeitpunkt. Hier sollte die Befristung zu ergebnisoffenen Gesprächen, auch mit den Bürgern der Stadt, genutzt werden, um eine von der Mehrheit der Homberger getragene Entscheidung zu treffen. FOTO: UFA/ANDREAS